



## **Grußwort**

**von**

**Hartmut Koschyk MdB  
Parlamentarischer Staatssekretär  
beim Bundesminister der Finanzen**

**7. Internationale Konferenz „High Temperature Ceramic Matrix  
Composites“**

**(deutsch: Hochtemperatur-Keramikmatrix-Verbundwerkstoffe)**

**vom 19. bis 22. September 2010 in Bayreuth**

Als Vertreter der Bundesrepublik Deutschland darf ich Sie herzlich auf der Internationalen Konferenz zu „High Temperature Ceramic Matrix Composites“ hier in Bayreuth begrüßen.

Seit der letzten Konferenz 2007 in Neu Delhi hat sich die Welt in vielerlei Hinsicht verändert: sie ist unter anderem um die Erfahrung einer internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise „reicher“ geworden.

Vor gut zwei Jahren - nachdem Lehman Brothers Pleite ging - herrschte eine große Ungewissheit über die zukünftige Entwicklung der einzelnen Volkswirtschaften.

Bislang ist die Weltwirtschaft besser durch die Krise gekommen als noch Anfang des letzten Jahres erwartet. Das Wachstum belebt sich derzeit teilweise

rascher als es die Experten angenommen hatten. Auch wenn der Aufschwung noch nicht nachhaltig ist und durchaus noch Risiken bestehen, so ist er doch schon sehr dynamisch.

Besonders günstig stellt sich z. B. die Situation in Deutschland und vielen Schwellenländern dar. Ich bin sicher, dass auch die anderen Industriestaaten wieder Tritt fassen und wir gemeinsam die Weltwirtschaft aus der Rezession ziehen werden.

In Deutschland hat sich der Aufschwung eindrucksvoll zurückgemeldet. Die Wirtschafts- und Finanzkrise hatte hierzulande mit einem Einbruch des realen Bruttoinlandsprodukts von fast 5 % zu der schärfsten Rezession seit dem zweiten Weltkrieg geführt.

Neueste Zahlen bestätigen nun, dass das Bruttoinlandsprodukt in

Deutschland im zweiten Quartal 2010 um 2,2 % gegenüber dem Vorquartal zulegen - das war hierzulande der größte Anstieg in einem Quartal seit der Wiedervereinigung. Auch wenn sich diese hohen Wachstumsraten im weiteren Jahresverlauf etwas abschwächen dürften, werden wir insgesamt ein wirtschaftlich gutes Jahr verzeichnen können.

Zu dieser Entwicklung haben die umfassenden Maßnahmenpakete der Bundesregierung - einerseits zur Finanzmarktstabilisierung und andererseits zur Konjunkturstützung - erheblich beigetragen. Die notwendigen konjunkturellen Impulse wurden dabei von Anfang an mit der langfristigen Stärkung der Wachstums- und Beschäftigungsgrundlagen verbunden.

Die Bundesregierung hat sich verpflichtet, auch und gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten,

Investitionen in Bildung und Forschung höchste Priorität zu geben. Alle Maßnahmen, die die Zukunftschancen für die Menschen verbessern haben in unserer Politik Vorrang: Bildung und Forschung zählen dabei zu den zentralen Säulen!

Seit jeher war das Innovationsgeschehen einer der entscheidenden Wachstumsmotoren für die Volkswirtschaften - gerade in den entwickelten Industriestaaten. Unser Weg durch die Krise hat uns darin bestätigt, dass Innovationen und das dahinter stehende Wissen als Faktoren für den wirtschaftlichen Erfolg eines Landes eine herausragende Bedeutung haben.

Dies gilt insbesondere für Länder wie Deutschland, die - aus unterschiedlichen Gründen - mit an der Spitze der internationalen Lohnpyramide stehen, und die - neben

ihrem Wissenskapital - nicht über bedeutende Rohstoffe verfügen.

Studien [z.B. der OECD] belegen, dass Innovationen und technischer Fortschritt für etwa ein Drittel des Wirtschaftswachstums verantwortlich sind. In Deutschland wurden z. B. überdurchschnittlich hohe Wertschöpfungsgewinne und Beschäftigungszuwächse vor allem in den forschungsintensiven Branchen erzielt: über 80% des realen Produktionszuwachses der Industrie im Zeitraum 1993 bis 2007 waren dem forschungsintensiven Sektor zuzuschreiben, lediglich knapp ein Fünftel entfiel auf die übrigen Industrien.

Natürlich kann sich nicht jede Forschungsanstrengung in wirtschaftliche Erträgen niederschlagen. Aber ein wirtschaftlich und technologisch führendes Land

muss kontinuierlich neue Produkte und Verfahren entwickeln, um zukunftssträchtige, humankapital- und wissensintensive Märkte zu besetzen. Nur dadurch wird es sein Wohlstands- und Beschäftigungsniveau halten können.

Aus diesem Grund setzten die europäischen Staats- und Regierungschefs mit dem Beschluss der Strategie „Europa 2020 - Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum“ Forschung und Entwicklung [FuE] auch an die oberste Stelle der europäischen Politikagenda.

Mit „Europa 2020“ halten die europäischen Staats- und Regierungschefs an dem bekannten Lissabon-Ziel fest, ein öffentliches und privates Investitionsvolumen von insgesamt 3 % des Bruttoinlandsprodukts zu erreichen.

Dies unterstreicht die zentrale Bedeutung von FuE als Wachstumsmotor für die Mitgliedstaaten.

In Deutschland betragen die gesamtwirtschaftlichen Aufwendungen für FuE 2008 rund 66,5 Mrd. € - und damit mehr als in jedem anderen Land in Europa. Seit dem Jahr 2000 liegt die FuE-Intensität in Deutschland relativ konstant bei rund 2,5 %, mit steigenden Tendenzen: in 2008 lag der Anteil mit geschätzten 2,67 % deutlich über dem EU-Durchschnitt [1,9 %] und nähert sich damit dem 3%-Ziel.

Die FuE-Aufwendungen der Wirtschaft sind 2008 weiter stark auf 44,7 Mrd. € [+ 6,9%] gestiegen. Nach den für 2009 vorliegenden Planzahlen wollten die Unternehmen trotz der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise in etwa den gleichen Betrag für Forschung und Entwicklung einsetzen wie 2008.



Wenn die Unternehmen trotz der teilweise massiven Umsatz- und Gewinneinbrüche ihre Innovationsanstrengungen nicht einschränken, ist dies ein deutliches Anzeichen, dass sie die hohe Bedeutung von FuE für die langfristige Wettbewerbsfähigkeit ihrer Unternehmen erkannt haben.

Auch die Bundesregierung hat trotz aller Bemühungen für eine rasche Haushaltskonsolidierung klare Prioritäten für Bildung und Forschung gesetzt und die Mittel in den Jahren 2010 bis 2013 um insgesamt 12 Mrd. € erhöht. Auf diese Weise leisten wir einen bedeutenden Beitrag zum Erreichen des 3 %-Ziels.

Darüber hinaus hat die Bundesregierung ihre Hightech-Strategie weiterentwickelt und hält

damit an ihrer ressort- und politikfeldübergreifenden Innovationspolitik aus einem Guss fest. Mit dieser Strategie wurde 2006 erstmals ein nationales Gesamtkonzept vorgelegt, das die wichtigsten Akteure hinter einer gemeinsamen Idee versammelt.

Der Fokus liegt auf der Kooperation zwischen Wissenschaft und Wirtschaft. Forschungsergebnisse mit Innovationspotential müssen erkannt und schnell und erfolgreich am Markt umgesetzt werden, um Wachstum und Beschäftigung zu sichern. Einzelne Technologiefelder werden als Beitrag zur Lösung globaler Herausforderungen verstanden: Gesundheit, Klima, Energie, Mobilität und Sicherheit bilden die Schwerpunkte.

Im Rahmen der Hightech-Strategie investierte die Bundesregierung bis Ende 2009 insgesamt 15 Mrd. € im Bereich der Technologie- und

Innovationspolitik; hiervon standen allein für neue Maßnahmen 6,5 Mrd. € zur Verfügung. Der integrative Ansatz der Hightech-Strategie hat große internationale Beachtung und breite Unterstützung in Wissenschaft und Wirtschaft gefunden.

Neben der angewandten Forschung nimmt die Grundlagenforschung eine wichtige Stellung ein, die vor allem auf die Gewinnung neuen Wissens abzielt, ohne dass eine konkrete Anwendung in den Blick genommen wird. Sie ist Ausgangspunkt für technische Innovationen und für eine langfristig ausgerichtete Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft.

Der entscheidende Nutzen der Grundlagenforschung liegt in der Erschließung neuer Gebiete und dem Erhalt bzw. der Steigerung künftiger Wirtschaftserträge und der Förderung der Wettbewerbsfähigkeit.

Bei allen Anstrengungen, die Staat und Politik im Bereich Forschungs- und Technologiepolitik unternehmen ist aber eins klar: es sind letztlich immer die Forschungseinrichtungen und privaten Unternehmen, die diese Rahmenbedingungen und die sich daraus ergebenden Möglichkeiten nutzen und sie in konkrete Innovationen umwandeln müssen.

Dazu soll auch diese Internationale Konferenz zu „High Temperature Ceramic Matrix Composites“ beitragen. Ich freue mich sehr, dass Sie dazu hier in der Region Oberfranken zusammengekommen sind.

Die Region Oberfranken ist gekennzeichnet durch innovative und international agierende Unternehmen, qualifizierte und motivierte Mitarbeiter, hervorragende Infrastruktur und Verkehrsanbindungen und

insbesondere durch Spitzenleistungen in Forschung und Entwicklung.

Die Universität Bayreuth und die dort angesiedelten Fraunhofer-Projektgruppen „Keramische Verbundstrukturen“ und „Prozessinnovation“ sowie das Kompetenzzentrum für Neue Materialien Nordbayern sind besondere Beispiele für die große FuE-Kompetenz und innovative Stärke dieser Region.

Aber voll allem ist diese Region auch eng mit der industriellen Fertigung von Porzellan verbunden. Hier entwickelte sich die Porzellanindustrie seit der Gründung von C. M. Hutschenreuther im Jahr 1814 zu einem rasch wachsenden Industriezweig. Bis heute ist der nordostbayrische Wirtschaftsraum führend bei der Herstellung von Porzellan. Als Hersteller Technischer Keramik ist

Deutschland Marktführer innerhalb Europas.

Im Jahr 2010 feiern die deutschen Hersteller der Porzellanindustrie das 300jährige Jubiläum der Erfindung des so genannten „Weißen Goldes“. Seit 1710 begründeten viele innovative Ideen die Erfolgsgeschichte dieser Erfindung. Die Forschung und der technologische Fortschritt ermöglichten die Entwicklung neuer Werkstoffe mit neuen, verbesserten Eigenschaften.

Um diese Entwicklung weiter voran zu treiben wünsche ich Ihnen in den kommenden Stunden und Tagen viele neue interessante Erkenntnisse, einen ergiebigen Erfahrungsaustausch und anregende Diskussionen.